



## **Niederschrift zur 2. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus, Umwelt und Energie der Stadt Zossen**

**Sitzungstermin:** Donnerstag, den 06.05.2021

**Sitzungsbeginn:** 18:30 Uhr

**Sitzungsende:** 22:00 Uhr

**Ort, Raum:** **Bürgerhaus Wünsdorf, Mehrzweckraum, Am Bürgerhaus 1,  
15806 Zossen, Ortsteil Wünsdorf**

### **Anwesend sind:**

#### **Ausschussvorsitzender**

Herr Detlef Klucke

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Torsten Kniesigk

Herr Edgar Leisten

Herr Carsten Preuß

Herr Alexander Rümpel

Herr Reinhard Schulz

#### **sachkundige Einwohner**

Herr Matthias Juricke

#### **Verwaltung**

Herr Dirk Kommer

#### **Protokollantin**

Frau Miriam Heinrich

#### **Gäste**

Gäste

W.-D. Wollgramm - per Onlineteilnahme  
Hr. Haase - IDAS

### **Es fehlen:**

#### **sachkundige Einwohner**

Frau Birgit Kolkmann

entschuldigt

#### **Bürgermeisterin**

Frau Wiebke Schwarzweller

entschuldigt

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung durch den Ausschussvorsitzenden
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Wahl des stellv. Ausschussvorsitzenden
5. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 15.02.2021
6. Bericht aus der Verwaltung

7. Einwohnerfragestunde
8. Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
9. Beratung zur Gefahr von WKA zwischen Horstfelde und Schünow
10. Beratung zum Schutz von landwirtschaftlichen Flächen vor der Nutzung als Windkraft- oder Photovoltaikflächen
11. Beratung zur Beschleunigung des Baus des Waldparkplatzes Horstfelde
12. Vorbereitung der touristischen Nutzung der Kieskuten Schöneiche
13. Erweiterung des Ziegeleiwanderweges in andere OT
14. Beratung zur Sicherung des Ortsteilbudgets für Kultur und Heimatpflege und ortsansässige Vereine
15. Vorbereitung des städtischen Weinfestes 2021
16. Beratung zum Ausbau des Friedhofsweges Nächst Neuendorf - Dabendorf als begleitenden Radweg zur Schulwegsicherung
17. Beratung zur Realisierung der beschlossenen Radwege und Erweiterung des Radwegenetzes

## **Öffentlicher Teil**

### **zu 1 Eröffnung durch den Ausschussvorsitzenden**

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Klucke, um 18:31 Uhr eröffnet.

### **zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Klucke stellt fest, dass von den 6 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern 5 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig.

Die Sitzung findet als Präsenzsitzung statt. Der Stadtverordnete Herr Wollgramm ist online zugeschaltet. Herr Hase von IDAS ist ebenfalls, neben Herrn Kommer ist als Vertreter der Verwaltung, anwesend.

### **zu 3 Feststellung der Tagesordnung**

Es gibt keine Änderungswünsche oder Einwendungen zu der vorliegenden Tagesordnung.

Abstimmung: 4 / 1 / 0

Ab 18:33 Uhr ist Herr Preuß anwesend. Es sind nun alle sechs stimmberechtigten Ausschussmitglieder anwesend.

### **zu 4 Wahl des stellv. Ausschussvorsitzenden**

Herr Klucke erklärt, dass er Herrn Kniesigk vorschlagen würde. Dieser sei jedoch nicht anwesend. Herr Hummer als anwesender Vertreter des Herrn Kniesigk richtet aus, dass dieser nicht bereit sei zu kandidieren.

Herr Klucke fragt, ob jemand nicht mit einer offenen Wahl einverstanden ist. Herr Leisten will eine geheime Wahl.

Frau Leisten und Frau Küchenmeister werden zum Wahlvorstand berufen.

Sechs gleiche Stimmzettel werden durch die Verwaltung vorbereitet.

Um 18:36 Uhr trifft Frau Abromeit ein und wird von Klucke begrüßt.

Frau Küchenmeister bestätigt durch Vorzeigen, dass die Wahlurne leer ist.

Herr Klucke ruft die stimmberechtigten Ausschussmitglieder namentlich nacheinander zur Stimmabgabe in geheimer Wahl auf.

Herr Klucke schließt den Wahlvorgang und die Wahlkommission nimmt die Auszählung der abgegebenen Stimmen vor.

Frau Küchenmeister verkündet das Ergebnis wie folgt:

Herr Schulz hat 4-Ja-Stimmen und 2-Nein-Stimmen erhalten.

Herr Schulz nimmt auf Nachfrage des Vorsitzenden die Wahl an.

**zu 5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 15.02.2021**

Es liegen keine Einwendungen gegen die oben genannte Niederschrift vor. Diese gilt damit als angenommen.

**zu 6 Bericht aus der Verwaltung**

Herr Kommer erklärt, dass es keinen Bericht aus der Verwaltung zur heutigen Sitzung gebe.

**zu 7 Einwohnerfragestunde**

Herr B., OV Schünow, legt dar, dass er am 28. in der Kreisverwaltung zum Thema Radwege zu einen, Termin war. Für Schünow sei die Planung 2030. Außerdem habe er die Mitteilung erhalten, dass erst einmal eine Kommission gebildet werden müsse. Diese Kommission müsse festlegen, wo Radwege hinkommen. Welche Haltung hat die Verwaltung zu 2030? Wie weit sind Sie mit der Planung, die Brandschutzstreifen für unsere Radwege zu nutzen? Wie viele Planungingenieure hat die Stadt Zossen zur Verfügung? Es stehen 450 Mio. € Fördermittel zur Verfügung. Wie viel Geld hat die Stadt Zossen in den Nachtragshaushalt eingestellt? Was unternimmt die Stadt Zossen, um die Fördergelder zu sichern?

Zum Thema Tempo 30 km/h habe er die Auskunft vom Landkreis erhalten, dass dies nur an Kitas zulässig sei. An anderen Stellen fehlen die gesetzlichen Voraussetzungen.

Herr Klucke weist Herrn Buge auf den Tagesordnungspunkt 17 hin und erklärt, dass man sich im Ausschuss weiter mit dem Thema Radwege beschäftigen werde.

Herr Kommer betont, dass die von Herrn B. angesprochenen Radwege – Schünow – Horstfelde – Nunsdorf – auf der Bedarfsliste des Landesbetriebes Straßenwesen stehen. Man wolle in der Verwaltung ein Radwegkonzept haben. Es werde derzeit auf die Bewilligung des vorzeitigen Maßnahmebeginns gewartet, um Fördermittel abfordern zu können. Das Konzept sei die Grundlage, um Fördermittel schneller zu bekommen. Ein großes Ingenieurbüro in Dresden sei diesbezüglich angesprochen worden. Dieses sei leistungsstark.

Herr Klucke ergänzt, dass das Thema der Tempo 30-Zonen im RSO behandelt werden wird.

Des Weiteren bittet Herr Klucke darum, dass jedem anwesenden Stadtverordneten das Rederecht erteilt wird. Außerdem beantragt der Vorsitzende das Rederecht für die Einwohner zu TOP 9 und 10.

Herr Schulz erhebt dagegen Einwände. Wenn schon den Stadtverordneten uneingeschränktes Rederecht erteilt werde, dann nicht auch noch den Bürgern.

Herr Leisten signalisiert einen Antrag zur Geschäftsordnung und bittet darum, das Rederecht für die Einwohner auf eine 2 – 3minütige Redezeit zu beschränken.

Herr Klucke betont, dass nur sachliche Fragen gestellt werden sollen.  
Er lässt über das Rederecht der Einwohner abstimmen: 3 / 3 / 0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr J., OV Horstfelde, berichtet, dass er eine Mail von Frau Schwarzweller bekommen habe, in welcher diese erkläre, dass keine Gefahr für Windkraftanlagen in Horstfelde und Schünow bestehe. Firmen schreiben jedoch die Bürger an und berichten, dass sie einen Windpark zwischen Horstfelde und Schünow errichten wollen. Wie kommen die Firmen

an die Flurstücke und Adressen der Eigentümer?

Herr Klucke erklärt, dass er diese Frage gerne im entsprechenden Tagesordnungspunkt diskutieren würde.

Herr Juricke erklärt sich damit einverstanden.

Die Bürgerin 1 bittet darum, dass die Fragen in der Einwohnerfragestunde beantwortet werden, da sie evtl. Nachfragen dazu habe.

Herr Klucke erteilt Herrn Haase das Wort.

Herr Haase berichtet, dass er die Fragen bereits auf der letzten Ortsbeiratssitzung Horstfelde beantwortet habe. Richtig sei, dass es einen Kriterienkatalog gebe, nach welchem die Gesamtstadt Zossen überprüft werde. Derzeit arbeite der Akustiker daran. Die anvisierten 1.250 m Abstand müssen planerisch untersetzt werden. Dafür werde der Akustiker gebraucht. Wenn die Kriterien so angewendet werden, wie sie hier besprochen wurden, wird es nicht zu einem Windeignungsgebiet in Horstfelde/Schünow kommen. Was die freie Wirtschaft daraus mache, darauf habe die Stadt keinen Einfluss. Auch der Regionalplan sehe in diesem Gebiet keine Flächen vor. Aus den eigenen Planungen sei definitiv nicht zu erwarten, dass dort eine Windeignungsfläche ausgewiesen wird.

Herr J. OV Horstfelde fragt nach, wie es sein könne, dass die Firmen Eigentümer mit Flurstücken und Adressen herausfinden?

Herr Haase weist auf den Brandenburg Viewer im Internet hin. Dort lassen sich sehr leicht Flurstücke anzeigen.

Herr Kommer erklärt, dass die Verwaltung schon allein aus datenschutzrechtlicher Sicht keine Adressen herausgebe.

Bürgerin 1:

Gibt es Projekte von Windkraft-Investoren im Stadtgebiet außerhalb der Fläche in Wünsdorf, die sich mündlich oder schriftlich in der Verwaltung vorgestellt haben? Gab es Gespräche und Zusagen von Seiten der Stadt?

Die Bürgerin bittet um schriftliche Antwort seitens der Bürgermeisterin.

## **zu 8      Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Herr Hummer nimmt Bezug auf die Einwohnerfragestunde und erklärt nachdrücklich, dass Flurstücke durch Jedermann im Brandenburg Viewer herauszubekommen sind. Wenn der Interessent dann einen Antrag an das Katasteramt stellt, bekommt er auch Auskunft, wer der Grundstückseigentümer ist.

Herr Schulz ergänzt dazu, dass gerade auf Dörfern jeder von jedem wisse, wem welches Grundstück gehöre. Man brauche der Verwaltung nicht unterstellen, dass sie Adressen herausgibt.

## **zu 9      Beratung zur Gefahr von WKA zwischen Horstfelde und Schünow**

Herr Klucke fragt, wie die Gefahr von Windkraftanlagen (WKA) zwischen Horstfelde und Schünow gesehen wird? Wie ist der Stand der Beratung des FNP Wind? Wann sind die Stellungnahmen an die regionale Planungsgesellschaft abgegeben worden und wie weit ist der Stand?

Herr Klucke bittet darum, dass die Fragen an Frau Schwarzweller zur schriftlichen Beantwortung gehen.

Herr Haase beantwortet die Fragen des Herrn Klucke wie folgt:

Die vollumfängliche Stellungnahme der Stadt Zossen mit Belangen und Kriterien wurde gemeinsam mit der Verwaltung erarbeitet. Es wird in der kommenden Woche eine Konferenz geben. Ein Teil der Fläche in Wünsdorf ist weiter nach Norden ausgedehnt worden. Die Thematik der Ziegenmelker wird eine Rolle spielen. Wir warten täglich auf die Ergeb-

nisse des Akustikers, um unsere Kriterien anwenden zu können. Es müsse nachgewiesen werden, wie wir zu den 1.250 m Abstand gekommen sind. Wir haben immer gesagt, dass wir stärker konzentrieren wollen. Das heißt, mindestens 6 WKA. Inzwischen werden die WKA deutlich dichter gestellt. Gesagt wurde immer, dass 6 Anlagen auf 1.000 ha gestellt werden. Es kann jetzt sein, dass das sogar 8, 9 oder 10 werden. Dies hätte ganz andere Auswirkungen auf die Akustik. Wir werden im Rahmen der neuen Planungsschritte die Ergebnisse bzw. die aktuelle Entwicklung vorlegen. Wenn wir unsere Kriterien anwenden, wird es aus Sicht der Stadt Zossen keine WKA im Bereich Horstfelde/Schünow geben.

Herr Klucke fragt weiter, wann die Regionale Planungsgesellschaft wieder tage und wie groß das ausgewiesene Gebiet in Wünsdorf sein wird.

Herr Haase antwortet, dass er die letzte Frage noch nicht beantworten könne. Das nächste Gespräch mit der Regionalen Planungsgesellschaft stehe noch aus.

Herr Preuß äußert Besorgnis darüber, dass die WKA-Betreiber die Anlagen jetzt auch enger stellen. Er erinnert daran, dass bereits geplant war, einen B-Plan über das Gebiet zu legen, um die Dinge selber in der Hand zu haben. Er möchte dafür an dieser Stelle plädieren.

Herr Klucke schlägt einen Protokollbeschluss zu diesem Thema vor. Diesen Protokollbeschluss hat er bereits schriftlich ausgefertigt und liest diesen vor (Nr. 1).

Die Ausschussmitglieder bemängeln, dass ihnen der Protokollbeschluss nicht vorliegt und bitten um eine Kopie.

Herr Klucke unterbricht die Sitzung um 19:27 Uhr und bittet die Protokollantin um Anfertigung von Kopien. Die Sitzung wird um 19:37 Uhr fortgesetzt.

Herr Leisten äußert, dass er sich von dieser Beschlussvorlage überrumpelt fühle. Er finde die Formulierungen an der ein oder anderen Stelle nicht rechtssicher. Er sei kein Freund von Tischvorlagen.

Herr Klucke betont, dass dies keine Tischvorlage sei, sondern ein Protokollbeschluss. Es handele sich dabei um einen Arbeitsauftrag an die Verwaltung.

Die Ausschussmitglieder diskutieren sehr ausführlich und strittig über die Rechtmäßigkeit und Sinnhaftigkeit des von Herrn Klucke vorgelesenen Protokollbeschlusses. Herr Schulz weist darauf hin, dass es sich um einen beratenden Ausschuss handele und nicht um einen beschließenden.

Herr Klucke besteht trotz der Einwendungen der Mehrheit der stimmberechtigten Ausschussmitglieder auf die Abstimmung seines Protokollbeschlusses. Er erklärt, dass ihm ein Antrag der Fraktion Plan B auf namentliche Abstimmung vorliege.

Herr Preuß	NEIN
Herr Leisten	Enthaltung
Herr Hummer	JA
Herr Rümpel	NEIN
Herr Schulz	NEIN
Herr Klucke	JA

Abstimmungsergebnis: 2 / 3 / 1

Der Protokollbeschluss ist damit abgelehnt.

zu 10

#### **Beratung zum Schutz von landwirtschaftlichen Flächen vor der Nutzung als Windkraft- oder Photovoltaikflächen**

Herr Kommer erklärt, dass private Eigentümer von landwirtschaftlichen Flächen den Entschluss fassen müssten, dass sie diese umwandeln wollen. Der Eigentümer wäre dann immer noch an den FNP gebunden, der zunächst geändert werden müsste. Daran wieder-

rum müsste die SVV beteiligt werden.

Herr Klucke meint, dass es seit mehreren Monaten Flächenabfragen für Photovoltaik gebe. Im Ausschuss sollte Wert darauf gelegt werden, dass landwirtschaftliche Nutzflächen nicht zu sehr mit Photovoltaikanlagen bebaut werden.

Herr Haase merkt an, dass man wisse, dass sich einige Kommunen mit der Energiethematik auseinandersetzen. Dann müsse man allerdings auch Biogas berücksichtigen. Zu PV-Anlagen eine Planungsgrundlage zu erarbeiten, sei sehr schwierig. Wenn Investoren die Förderung in Anspruch nehmen wollen, dann sind sie gezwungen, an größeren Verkehrsanlagen wie Bahn oder Autobahn in 250 m Nähe zu bauen. Die meisten Kommunen geben nur Empfehlungen, konnte diese jedoch nicht in ihren FNPs verankern.

Herr Schulz kritisiert die Wortwahl des Beratungspunktes. Der Tagesordnungspunkt müsste seiner Meinung nach „Beratung zur Nutzung von Flächen für Photovoltaik in der Stadt Zossen“ heißen. Dann könnte man sich im Ausschuss mit dem Thema befassen. Man habe die Aufgabe, die erneuerbaren Energien auch in Zossen zu fördern. Man habe nicht die Aufgabe alles zu verneinen. Alles andere sei Aufgabe einer Partei.

Nach weiteren Diskussionen schlägt Herr Preuß vor, dass der BBW beim den nächsten zu behandelnden B-Plänen prüfen sollte, dass den Investoren mitgegeben wird, das Thema Photovoltaik auf Hausdächern mit zu berücksichtigen.

Herr Klucke erklärt, dass er auch zu diesem Tagesordnungspunkt einen Protokollbeschluss (Nr. 2) erarbeitet habe. Er liest diesen vor.

Herr Preuß bittet doch darum, dass zunächst Kopien des Protokolltextes an die Ausschussmitglieder verteilt werden.

Herr Klucke unterbricht die Sitzung um 20:05 Uhr und lässt die Protokollantin Kopien anfertigen. Die Sitzung wird um 20:12 Uhr fortgesetzt.

Herr Klucke liest seinen Protokollbeschluss laut vor.

Herr Schulz rät dem Vorsitzenden, diesen Sachverhalt als Arbeitsgrundlage mitzugeben. Er sehe sich außer Stande, ohne Beratung mit seiner Fraktion, diese Dinge zu beschließen. Er schlägt weiterhin vor, das Thema auf der nächsten Sitzung erneut zu besprechen.

Herr Klucke besteht trotz Einwende der Ausschussmitglieder Hummer, Schulz, Leisten und Preuß auf die Abstimmung seines Protokollbeschlusses. Er erklärt, dass seitens der Fraktion Plan B ein Antrag auf namentliche Abstimmung vorliege.

Herr Leisten	Enthaltung
Herr Hummer	Enthaltung
Herr Rümpel	NEIN
Herr Schulz	NEIN
Herr Klucke	JA

Abstimmungsergebnis: 1 / 3 / 2  
Der Protokollbeschluss wurde damit abgelehnt.

#### **zu 11      Beratung zur Beschleunigung des Baus des Waldparkplatzes Horstfelde**

Herr Klucke liest eine Erklärung vor, warum dieser Tagesordnungspunkt vom Ausschuss behandelt werden sollte. Auch hierzu liegt seinerseits ein Protokollbeschluss vor, der durch die Protokollantin im vorherigen Tagesordnungspunkt kopiert wurde und an die Anwesenden ausgegeben wurde. Herr Klucke fragt Herrn Kommer, wie der Stand zum Bau des Waldparkplatzes Horstfelde sei.

Herr Kommer gibt das Wort an den beauftragten Planer, Herrn Haase, weiter.

Herr Haase berichtet, dass dieser Sachverhalt auf der letzten Ortsbeiratssitzung Horstfel-

de genau erklärt wurde. Als Planer habe er ausdrücklich empfohlen, das Planvorhaben an der bisherigen Stelle nicht fortzuführen. Es gebe mehrere Kriterien, wie Satzungsreife erreicht werden könne. Eine gesicherte Erschließung muss dargelegt und nachgewiesen werden können. Es gab die Überlegung, ob die Besucher über den Brandschutzstreifen geführt werden könnten. Dazu müssten private Grundstücke gequert werden. Die privaten Eigentümer haben abgelehnt, dass der Brandschutzstreifen genutzt werden kann. Es werde mit Hochdruck an Alternativflächen gearbeitet. In der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes seien Flächen berücksichtigt worden. Es werde mit dem Landkreis geklärt, ob das begonnene Verfahren auf näher liegenden Flächen fortgesetzt werden könne. Die Verwaltung habe schon sehr aussichtsreiche Ergebnisse erzielt.

Herr Juricke möchte wissen, ob er richtig in der Annahme sei, dass schon Grundstücke erworben werden, wo der Parkplatz hin soll.

Herr Kommer bestätigt lediglich, dass Gespräche geführt werden.

Herr Juricke erzählt, dass es in der Ortsbeiratssitzung hieß, dass die Verwaltung in Verhandlungen sei. Die Fläche sei von der Hauptverwaltungsbeamtin größer geplant worden sein. Warum wurde die Fläche nicht kleiner geplant? Zur Ermöglichung der Querung für Fußgänger habe er vorgeschlagen, das Ortseingangsschild zu versetzen. Dieser Vorschlag wurde verneint. Herr Juricke zitiert aus der MAZ vom 11.03., welcher er entnommen hat, dass in einer Nachbargemeinde das Ortseingangsschild ebenfalls versetzt wurde, um dort eine mobile Blitzeanlage zu installieren. Er sollte einen Vororttermin machen. Dazu hat die Hauptverwaltungsbeamtin bis heute nicht geantwortet. Warum gibt es da keine Antwort?

Herr Haase erklärt, dass die Verwaltung aufgefordert wurde, Alternativen zu prüfen. Der B-Plan ist an dieser Stelle nicht zu Ende zu bringen. Selbst im Ortsbeirat habe es unterschiedliche Auffassungen zu dieser Thematik gegeben.

Herr Leisten fragt nach, welches Zeitfenster für die Alternativlösungen greift.

Herr Haase führt aus, dass man hoffe, noch vor der Sommerpause das weitere Verfahren fortführen zu können. Dazu zähle, dass ein Entwurf gemacht werden könne, der dieses Jahr in die Offenlage gebracht wird. Ende des Jahres müsste der Satzungsbeschluss folgen. Dann gebe es eine reelle Chance mit dem Bau im Frühjahr 2022 zu beginnen.

Herr Klucke hält an seinem Protokollbeschluss fest.

Herr Hummer signalisiert durch Handzeichen, dass er einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen möchte. Er findet den Protokollbeschluss übertrieben und würde ihn nicht anfassen. Er hasse es, jemandem sinnlose Arbeit aufzudrücken.

Herr Schulz ergänzt, dass das Thema jederzeit wieder auf die Tagesordnung genommen werden könne. Die Verwaltung könne im nichtöffentlichen Teil gerne den Stand der Dinge darlegen. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung sehr intensiv an dem Thema arbeite.

Herr Käthe fordert dazu auf, die Verwaltung einfach arbeiten zu lassen. Sie sei aktiv. Im RSO seien im nichtöffentlichen Teil klipp und klare Informationen erfolgt.

Herr Haase verlässt um 20:50 Uhr die Sitzung.

Herr Juricke äußert, dass ihm diese Informationen fehlen und bedauert, dass er nicht in den nichtöffentlichen Teil des RSO dazu gebeten wurde.

Frau Küchenmeister klärt auf, dass sie die Verursacherin des Problems war. Sie hatte im nichtöffentlichen Teil des RSO eine Anfrage gestellt und eine Antwort von der Verwaltung bekommen. Die Anwesenheit des Ortsvorstehers von Horstfelde war dabei nicht planbar gewesen. Das Thema sei sehr sensibel und emotional. Es sollten noch keine Informationen verbreitet werden, die noch nicht abschließend geklärt seien. Frau Küchenmeister schlägt dem Vorsitzenden vor, den Protokollbeschluss zum nächsten Mal mitzunehmen.

Herr Klucke schlägt eine 10minütige Pause vor und unterbricht die Sitzung um 20:55 Uhr.

Herr Klucke führt die Sitzung ab 21:06 Uhr fort und besteht auf die Abstimmung des Protokollbeschlusses. Dieses Mal nur mit Handzeichen. Er liest den Protokollbeschluss (Nr. 3) für die Anwesenden vor.

Abstimmung: 1 / 3 / 2

Damit ist der von Herrn Klucke eingereichte Protokollbeschluss abgelehnt worden.

## **zu 12 Vorbereitung der touristischen Nutzung der Kieskuten Schöneiche**

Herr Klucke liest einen von ihm vorbereiteten Protokollbeschluss vor. Diesen haben die Anwesenden während der Sitzung in Kopie erhalten.

Herr Schulz sagt, dass die Anwesenheit des Ortsbeirates Schöneiche auf dieser Sitzung schön gewesen wäre, um seine Wünsche und Vorstellungen einbringen zu können. Liegt der Verwaltung ein Antrag oder eine Vorplanung vor? Der Ortsbeirat von Schöneiche sollte im KTUE vorstellig werden.

Herr Klucke berichtet, dass die Anfrage an ihn herangetragen wurde. Herr Wilke als Ortsbeiratsmitglied habe sich kurzfristig entschuldigt.

Herr Preuß äußert Verständnis für den Sachverhalt und bittet um Ergänzung um einen Punkt 5.

*5. Bitten um Prüfung, welche naturschutzrechtlichen Aspekte dabei zu berücksichtigen wären.*

Herr Schulz fragt nach, wann der Ortsbeirat den Beschluss gefasst hat und die Verwaltung damit beauftragt hat, sich damit zu befassen.

Herr Klucke antwortet, dass er davon ausgehe, dass die Verwaltung den zeitlichen Ablauf noch mitteilen werde.

Frau Leisten berichtet von ihrer Anwesenheit auf der letzten Ortsbeiratssitzung Schöneiche und dass die Thematik dort mit keiner Silbe erwähnt wurde. Wem liegt das Projekt am Herzen, wenn die Schöneicher das gar nicht zum Thema hatten?

Herr Klucke betont, dass er das Thema nur aufgreifen und den Sachstand der Verwaltung wissen wollte.

Herr Schulz gibt zu bedenken, dass es sich bei den Flurstücken, auf denen sich die Kieskuten befinden, um reine Privatflächen handle. Ein entsprechender Antrag des Ortsbeirates müsste durch sämtliche Ausschüsse dieser Stadt. Die finanziellen sowie touristischen Folgen müssen geprüft werden. Dazu muss die Verwaltung einen Arbeitsauftrag bekommen. Den Auftrag tätig zu werden, habe die Verwaltung überhaupt noch nicht.

Herr Klucke meint, dass der Protokollbeschluss diesen Arbeitsauftrag darstelle.

Herr Hummer fragt, was auf Privatflächen gemacht werden soll?

Herr Preuß äußert, dass der Ausschuss keinen Beschluss fasse, dass auf der nächsten Tagesordnung wieder ein Punkt draufstehen solle. Der Beschluss des Ortsbeirates Schöneiche sollte zunächst vorgelegt werden.

Herr Juricke erklärt, dass am 04.11.2019 ein Auftrag an die Stadtverwaltung durch den Ortsbeirat erfolgt sei.

Herr Klucke fasst zusammen, dass das geprüft werde und dem Ausschuss zur Verfügung gestellt wird.



Es erfolgt die Abstimmung zum Protokollbeschluss (Nr. 4) mit der Ergänzung der neuen Nr. 5.: 3 / 0 / 3

Der Protokollbeschluss wurde damit gefasst.

### **zu 13 Erweiterung des Ziegeleiwanderweges in andere OT**

Herr Klucke liest vor, warum der Tagesordnungspunkt behandelt werden sollte.

Herr Kommer berichtet, dass es den Ziegeleiwanderweg in Mittenwalde, Motzen, Kallinchen und Schöneiche gebe. Federführend sei der Historiker Herr F. vom Heimatverein Königs Wusterhausen. In Zossen ist die Erweiterung des Weges aufgrund der defizitären Haushaltslage derzeit zurückgestellt worden.

Herr Schulz ergänzt, dass der Wanderweg in Kallinchen fertiggestellt sei. Schilder wurden von der Verwaltung aufgestellt. Des Weiteren war die Stadt Helfer bei der Ausführung und hat auch für die Flyer gesorgt. In Schöneiche sei man sehr weit mit der Planung. Der Wanderweg sollte weiter bis Zossen Wiesengrund geführt werden. Der Wiesengrund sei mit seinem alten Hafen sehr geschichtsträchtig. Die Verwaltung könne das Projekt nicht alleine machen. Das müssten die Vereine bzw. die Ortsbeiräte in Zusammenarbeit mit den Vereinen machen. Die Stadt kann nur unterstützen.

Herr Klucke regt an, dass an jedem einzelnen Standort auf einen weiteren Standort hingewiesen werden kann, auch wenn dort noch kein verbindender Wanderweg besteht.

Herr Klucke liest seinen Protokollbeschluss (Nr.5) vor.

Herr Leisten kritisiert die Formulierung. In Kallinchen sei der Weg fertiggestellt. Er sehe sich nicht weiter in der Verantwortung.

Herr Schulz gibt ebenfalls noch einmal zu bedenken, dass es sich um einen Arbeitsauftrag an die Ortsbeiräte und ihre Vereine handeln sollte. Die Fraktionen beschäftigen sich damit später.

Herr Preuß schlägt vor, den Beschlusstext um „*alle Ortsbeiräte*“ zu ergänzen.

Klucke liest seinen Protokollbeschluss vor.

Abstimmung mit Ergänzung: 5 / 0 / 1

### **zu 14 Beratung zur Sicherung des Ortsteilbudgets für Kultur und Heimatpflege und ortsansässige Vereine**

Herr Klucke liest eine Begründung vor, warum er diesen Punkt auf der TO haben wollte.

Herr Kommer weist darauf hin, dass das Thema bereits am 24.03. im Finanzausschuss war.

Herr Hummer will den TOP in den zuständigen Finanzausschuss verschieben.

Herr Klucke liest seinen Protokollbeschluss (Nr. 6) vor, der während der Sitzung kopiert wurde und an die Anwesenden verteilt wurde.

Die Anwesenden erhalten zur Verdeutlichung noch einmal die Präsentation aus der Verwaltung vom Finanzausschuss 24.03.2021 zum Thema Ortsteilbudget.

Herr Schulz macht darauf aufmerksam, dass für das Jahr 2021 noch gar nicht beschlossen sei, dass die Ortsteile weniger Budget bekommen sollen. Die Verwaltung schlägt vor, sich um diverse Dinge zu kümmern. Am Ende muss der Finanzausschuss darüber befinden.

Herr Klucke führt aus, dass jeder Ortsteil anders zu betrachten sei. Wünsdorf könne nicht

mit Horstfelde verglichen werden. Wenn das Geld gekürzt werde für die Ortsteile, die schon nicht viel bekommen, bringe das unter dem Strich nichts.

Herr Preuß weist darauf hin, dass in der Präsentation der Verwaltung nicht die Höhe des Budgets geregelt sei, sondern das Wie. Herr Preuß zitiert aus der Arbeitsgrundlage des Finanzausschusses.

Frau Küchenmeister fasst die Beratung des Finanzausschusses zusammen: Die Arbeitsteilung soll eine andere sein. Alles, was eine Feierlichkeit ist, könne beim Ortsbeirat bleiben. Alles, was Vereine angeht, soll über die Stadt laufen. Dieser Vorschlag wurde im Finanzausschuss als nicht ordentlich und schön angesehen. Jeder Ortsteil hat die Verteilung der Zuschüsse an Vereine bisher anders vorgenommen. Vielleicht sollten die Ortsvorsteher in den KTUE eingeladen werden.

Herr Klucke möchte das Thema wieder im KTUE haben. Dazu will er eine Zuarbeit der Verwaltung für jeden einzelnen Ortsteil vorgelegt bekommen. Von einer Budgethalbierung halte er nichts. Die Stadtverordneten sollten an dem bisherigen Geld festhalten.

Herr Schulz betont, dass das Problem heute nicht gelöst werden könne. Man sollte sich darüber Gedanken machen und einen Kompromiss erarbeiten. Sicherlich sei es auch notwendig, dass sich der KTUE damit beschäftigt. Persönlich könne er sich damit anfreunden, dass die Vereine ihre Anträge über den Ortsbeirat an die Stadt stellen.

Herr Preuß fragt, was noch an Informationen bzw. Zuarbeiten benötigt werde.

Herr Klucke fasst zusammen, dass das Thema in den Fraktionen beraten werden sollte und entsprechende Punkte ausgearbeitet werden. Eine Mail an alle Stadtverordneten sollte mit den erarbeiteten Ergebnissen geschickt werden. Der verteilte Protokollabschluss soll mit nach Hause genommen werden und gelesen werden.

Herr Klucke schließt die Sitzung um 22 Uhr.

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte wurden nicht mehr behandelt.

im Orig. gez. Detlef Klucke  
Ausschussvorsitzender

im Orig. gez. Miriam Heinrich  
Protokollantin  
12.05.2021